

NEURIEDER SPECHT



**Mai
2011
33. Jahrgang**

Seite 1: Energiewende - hier und jetzt!	Inhalt	Seite 6: Rathaus- Alternative vertan Spurwechsel?
Seite 3: Regionalwerk- so funktioniert es		Seite 7: Landesbank Mehrzweckhalle
Seite 4: Schenkt uns die Sterne wieder!		Seite 8: Leute, Impressum Landkreis ist Optionskommune
Seite 5: Atomwende statt Schlingerkurs		

Regionalwerk auch für Neuried oder weiter wie bisher mit E.ON?

Energiewende – hier und jetzt!

Unseren Nachbargemeinden Planegg, Krailling und Gauting haben Nägel mit Köpfen gemacht und die Holding für das Regionalwerk Würmtal gegründet. Doch auch für Neuried ist der Zug noch längst nicht abgefahren – sehen doch die Vertragsbedingungen den Beitritt Neurieds und Gräfelfings zu denselben Konditionen vor.

Spätestens seit dem Reaktorunglück in Fukushima ist fast jedem klargeworden, dass es in der Energiepolitik nicht so weitergehen kann wie bisher. Doch nicht nur die immer noch nicht zurückgenommene Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke ist ein Problem, sondern auch und vor allem die Tatsache, dass die vier großen Energiekonzerne (E.ON, RWE, Vattenfall und EnBW) den deutschen Markt unter sich aufteilen.

Während jeder Haushalt für sich entscheiden kann, von welchem Anbieter er „seinen“ Strom be-

ziehen möchte, ist der Bereich des Stromnetzes ein natürliches Monopol, d.h. für jeden Endkunden kann - abhängig von seinem Wohnort - nur ein Netzbetreiber zuständig sein. War bis jetzt das Netz in der Regel in der Hand der großen Energieversorgungsunternehmen, gehen immer mehr Gemeinden dazu über, die Stromnetze zu rekommunalisieren.

Stichwort der Zukunft: Rekommunalisierung

Damit ist die Rückführung ehemals privatisierten Eigentums in die kommunale Hand gemeint. Die zukünftige Energieversorgung muss nach Meinung der SPD kommunal und regional organisiert werden, denn Strom gehört wie Wasser, Abwasser und Abfallentsorgung zur Grundversorgung der Bürger (auch wenn es nicht zu den kommunalen Pflichtaufgaben gehört). Um die Weichen für die Zukunft richtig zu stellen, muss sie von dem rein gewinnorientierten Streben der Großkonzerne abgekoppelt werden und die Interessen

der örtlichen Gemeinschaft in den Vordergrund stellen:

- Die Gemeinden haben am wirtschaftlichen Erfolg dauerhaften Anteil. Die Durchleitungsgebühren, die jeder Stromanbieter an den Netzbetreiber bezahlen muss, bleiben vor Ort und können zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte beitragen.
- Die Übernahme der Stromnetze schafft die Grundlage für ein weitergehendes Engagement in der Energieversorgung, z. B. der Nutzung erneuerbarer Energien.
- Entscheidungen werden vor Ort getroffen, wo man weiß, was an welcher Stelle gebraucht wird und möglich ist, z. B. Anlagen zur Kraft-Wärme-Kopplung
- Die Akzeptanz bei der Errichtung neuer Anlagen zur regenerativen Energieerzeugung ist wesentlich höher, wenn die Gemeinschaft am Nutzen beteiligt ist.
- Unterhaltsarbeiten an Strom- und Wassernetz und geplante Straßenbaumaßnahmen können besser koordiniert und damit Kosten gespart werden.

- Der Standort wird gestärkt und Arbeitsplätze werden gesichert. Aufträge zur Wartung, Erneuerung und Ausbau der Netze können an lokale Handwerksbetriebe vergeben werden.
- Die Gemeinden übernehmen die Verantwortung für die örtliche Infrastruktur und Energieversorgung, bestimmen eigenständig, wo es lang geht und leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Daseinsvorsorge.
- Kommunale Unternehmen haben eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung, Großkonzerne nehmen dagegen auf lokale Interessen keine Rücksicht, sie sind einzig und allein ihren Aktionären verpflichtet.

Im Würmtal hat man in den letzten Jahren die langfristigen Konzessionsverträge für die örtlichen Stromnetze auslaufen lassen, um den Gemeinden die Möglichkeit zu eröffnen, die Netze wieder in die eigenen Hände zu nehmen. Seit Mitte 2008 haben die fünf Gemeinden unterstützt von Gut-

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

achtern beraten, in welcher Form dies geschehen kann; dabei kam man auf das Modell des Regionalwerks, das im Prinzip ein Stadtwerk im Verbund mehrerer Kommunen ist. Via einer Beteiligung am Regionalwerk können die Gemeinden wieder Eigentümer des Stromnetzes werden, das heute E.ON gehört. Man wurde sich darüber einig, dass die Gründung eines eigenen Regionalwerks nur mit einem starken Partner möglich ist, der das notwendige Know-How und Personal mitbringt. Auf die Ausschreibung dieser Partnerschaft haben sich E.ON und die Stadtwerke München beworben.

Nach intensiven Verhandlungen haben sich Planegg, Krailling und Gauting entschieden, diese Gesellschaft zusammen mit den Stadtwerken München (SWM) zu gründen. Die am Regionalwerk beteiligten Gemeinden werden 51% der Anteile halten, die SWM 49%. Im Dezember 2010 haben die Gemeinderäte aller drei Gemeinden einstimmig der Gründung und dem Beitritt zugestimmt. Um einen reibungslosen Übergang und einen sicheren und zuverlässigen Betrieb von Beginn an zu gewährleisten, werden die Netze für 10 Jahre an die SWM verpachtet. Eine Beteiligung der Gemeinden Neuried und Gräfelfing wird ausdrücklich offen gehalten, beide Gemeinden haben die Möglichkeit, zu den gleichen Konditionen einzusteigen.

Neuried war anfänglich an den

Verhandlungen beteiligt, doch dann konnte man sich nicht dazu durchringen, den Weg gemeinsam mit den anderen Gemeinden weiter zu beschreiten. Das Thema wurde seit 2008 wiederholt hinter verschlossenen Türen behandelt, doch je mehr es darum ging, in die zugegebenermaßen komplexe Materie einzusteigen, desto mehr setzten sich die Bedenkensträger durch. Auf Antrag der SPD-



Die Hochspannungsleitung über Neuried gehört zum Überlandnetz und damit nicht zum Regionalwerk - der Umgang damit zeigt aber, welches Gewicht lokale Interessen für E.ON haben.

Fraktion wurde ein Beitritt zum Regionalwerk am 5. April 2011 nun endlich im Bauausschuss das erste Mal öffentlich beraten, doch wollte man auch hier keine Entscheidung fällen. Nur die SPD bekennt sich eindeutig zum

Regionalwerk, die anderen Fraktionen wollen erst dem gegründeten Regionalwerk zuschauen und vielleicht irgendwann einmal beitreten - wenn man sieht wie es funktioniert. Immerhin wurde ein Antrag des CSU-Fraktionssprechers Markus Crhak, sich mit einem neuen, über Jahre verpflichtenden Konzessionsvertrag weiter an E.ON zu binden, wieder fallen gelassen, da dazu aktuell

keine Notwendigkeit besteht; auch ohne Vertrag fließen die Konzessionsabgaben erst einmal weiter an die Gemeinde.

Warum kann sich die Mehrheit der Fraktionen nicht zu einem Beitritt zum Regionalwerk durchringen?

Zum einen hat man Angst vor einem finanziellen Risiko, man befürchtet, E.ON das Netz zu einem überhöhten Preis abkaufen zu müssen (siehe Artikel nächste Seite). Zum anderen kritisiert man, dass man vorab keinen Einblick in die Verträge mit den Stadtwerken nehmen kann. Doch hier beißt sich die Katze in den Schwanz. Da man durch die indifferente und zögerliche Haltung zum Regionalwerk den Anschluss verpasst hat, war Neuried

Die SPD Neuried jetzt auch auf Facebook:

Besuchen Sie uns und informieren Sie sich über unsere aktuellen Veranstaltungen!



nicht an den endgültigen Vertragsverhandlungen mit den SWM beteiligt. Nun sind die Verträge geschlossen, und die SWM weigern sich mit Recht, vertrauliche Details öffentlich zu machen, müssen sie doch befürchten, in Gräfelfing und Neuried damit gegen E.ON ausgespielt zu werden. Erst nach einer „verbindlichen und mandatierten Absichtserklärung zur Prüfung der Beitrittsoption bzw. Aufnahme von Beitrittsgesprächen auf Basis eines Gemeinderatsbeschlusses“ ist die Einsichtnahme in die Verträge vor der Unterschrift selbstverständlich möglich.

Die Mehrheit im Bauausschuss hat sich für nichts tun ausgesprochen. Man will erst einmal sehen wie sich das Regionalwerk anlässt und könne dann immer noch beitreten. Doch „abwarten und andere die Kastanien aus dem Feuer holen lassen, das ist keine zukunftsweisende Politik.“, wie Gerd Richter (SPD) in der Sitzung anmerkte. Nicht nur, dass Neuried seine Gestaltungsmöglichkeiten weiter nicht wahrnimmt, sondern auch, dass durch einen späteren Beitritt die Kosten für die Entflechtung des Netzes wesentlich höher sein werden, sowie nicht zuletzt dass man die Tatsache ignoriert, dass ein Großteil der Bevölkerung dem Atomkonzern E.ON mehr als kritisch gegenüber steht, zeigt einen eklatanten Mangel an Weitsicht.



Mechthild von der Mülbe, stellvert. Vorsitzende der SPD Neuried

Was denken Sie darüber? Schreiben Sie uns Ihre Meinung an specht@spd-neuried.de oder auf Facebook!

Entspannen in angenehmer Atmosphäre



Bio-Kosmetik

FACHKOSMETIKERIN

Ursula Glatz

Anwendung und Verkauf von biologischen Kosmetik-Produkten

medizinische Fußpflege

Termine nach telefonischer Vereinbarung

Tel. 74 575 866

Veith-Lutz-Str. 4, 82061 Neuried

Parkplatz vorhanden



Dr. R.A. Eckstein
BioKosmetik

Regionalwerk - so funktioniert es

Die teilnehmenden Gemeinden sind in einer Holding zusammengeschlossen und halten die gestalterische Mehrheit von 51% der Anteile, die Stadtwerke München sind zu 49% beteiligt. Unterscheiden muss man im Wesentlichen zwei Hauptaufgaben: den Netzbetrieb und den Stromvertrieb.

Das Stromnetz:

Die Netze müssen E.ON abgekauft werden. E.ON ist zwar als schwieriger Verhandlungspartner bekannt, jedoch kann der Preis nicht nach Gusto festgelegt werden. Es gibt einen Katalog der Bundesnetzagentur, der für derartige Übernahmen herangezogen wird, zudem liegen inzwischen einige Grundsatzurteile vor. Für Neuried wird eine Größenordnung von ca. 3,1 bis 3,9 Mio. Euro geschätzt, der genaue Wert muss durch Gutachten festgelegt und im Zweifelsfalle gerichtlich überprüft werden. Das heißt jedoch nicht, dass die Gemeinde diese Summe real aufbringen muss, das Re-

gionalwerk als Unternehmen wird die Netze der beteiligten Kommunen über Kredite finanzieren; die Gemeinden müssen lediglich eine Bürgschaft übernehmen. Außerdem fallen Kosten für die Entflechtung, also die Trennung der Netze zwischen E.ON und Regionalwerk an, dieses Risiko werden aber die Stadtwerke übernehmen.

Da die Stadtwerke das Netz von den Gemeinden für die nächsten 10 Jahre pachten, ist eine feste Rendite garantiert und dem Regionalwerk fließen sofort Einnahmen zu. Anschließend kann sich das Regionalwerk entscheiden, ob es die Netze selbst übernehmen oder weiter mit den Stadtwerken zusammenarbeiten möchte.

Der Stromvertrieb:

Im Laufe des Jahres 2011 wird der Stromvertrieb aufgebaut. Geplant ist, dass ab 01.01.2012 die Bürger und Unternehmen im Würmtal Strom vom Regionalwerk beziehen können. Das ist unabhängig

vom Netzbetrieb, d. h. auch jeder Neurieder Bürger kann, egal ob die Gemeinde beiträgt oder nicht, Kunde beim Regionalwerk Würmtal werden. Als Stromanbieter muss sich das Regionalwerk dem Wettbewerb stellen; Ziel ist eine konsequent umweltschonende und preisgünstige Energieversorgung. Langfristig ist auch der Betrieb eigener Anlagen zur Strom- und Wärmeerzeugung möglich.

Weitere Aufgabenfelder können langfristig der Betrieb von Fernwärme-, Gas- und Glasfasernetzen sein.

Der Partner: die Stadtwerke München

Auf die Ausschreibung beworben haben sich die Stadtwerke München und E.ON. Die handelnden Gemeinden haben sich aus guten Gründen für die SWM entschieden:

- Die Stadtwerke sind ebenfalls ein kommunaler Betrieb.
- Die energiepolitischen Ziele wie z.B. der Ausbau erneuerbarer



Energien stimmen überein.

- Eine spätere komplette Übernahme des Regionalwerks durch die Gemeinden ist möglich, ein Ausstieg der Stadtwerke auf Wunsch der Gemeinden ist vertraglich vorgesehen.
- Ausbau von Gas- und Glasfasernetz ist leicht möglich, die SWM haben auch hier Erfahrung.

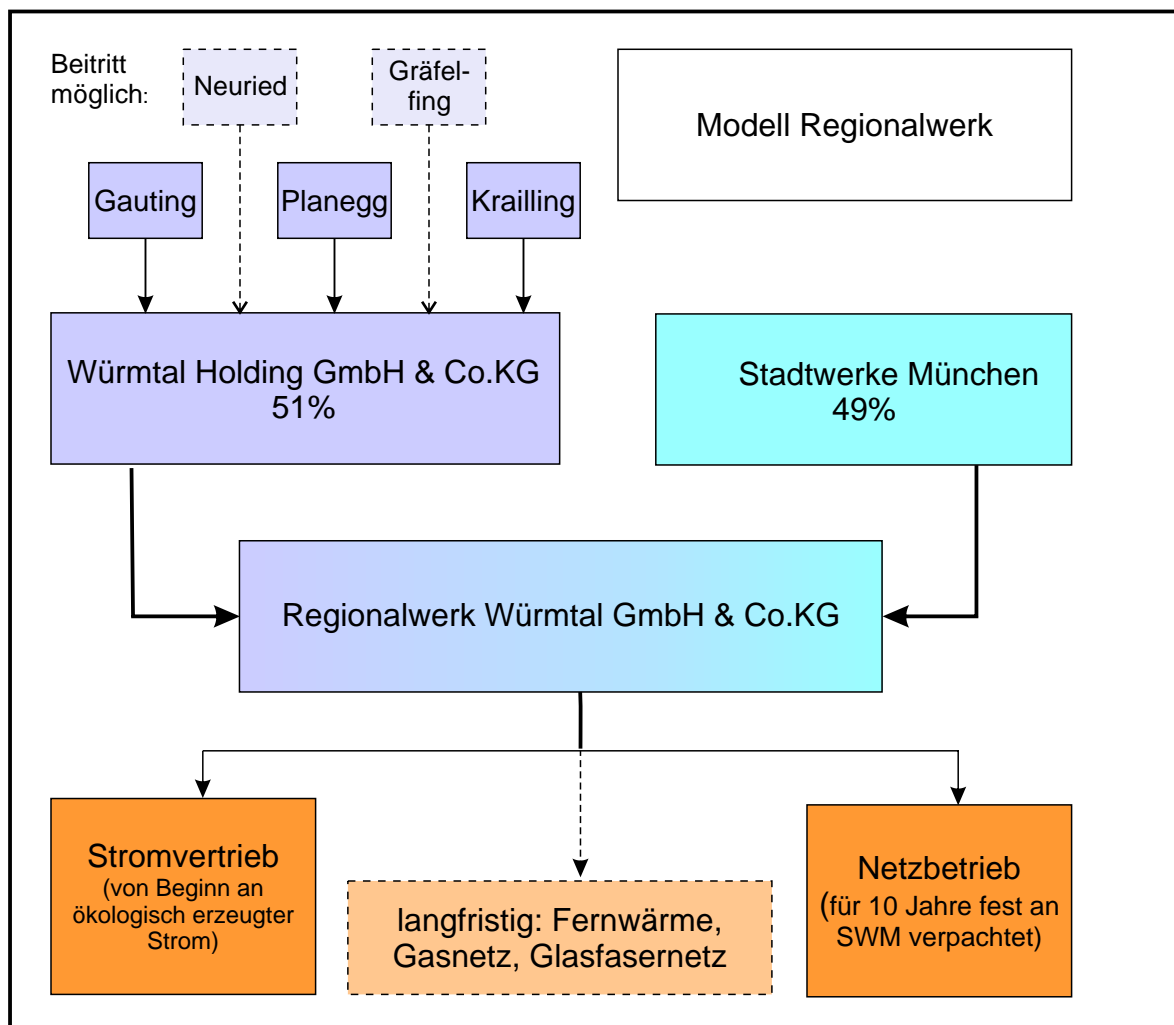
Warum nicht E.ON?

Für E.ON spricht, was gegen E.ON spricht: E.ON gehört bereits das Netz, was die Verhandlungen bezüglich der Netzübernahme einfacher machen würde. Als große Aktiengesellschaft hat E.ON jedoch kaum ein offenes Ohr für lokale Belange. Das zeigt alleine der Umgang mit der Hochspannungsleitung über Neuried, wo es seit Jahren keinerlei Entgegenkommen des Konzerns gibt. E.ON hat als Betreiber von Atomkraftwerken zudem immer weniger Akzeptanz in der Bevölkerung. Der Bürgerentscheid gegen das Holzhackschnittelheizwerk in Gräfelfing war nicht zuletzt wegen der Beteiligung von E.ON erfolgreich.

E.ON hat kein Interesse daran, auf den Stromnetzbetrieb zu verzichten; eine Ausstiegsklausel wie mit den SWM und damit die Eigenständigkeit des Regionalwerks auf lange Sicht wäre kaum vorstellbar.



Mechthild von der Mülbe



Unser Ort ertrinkt im Laternenlicht

Schenkt uns die Sterne wieder!

von Otto Götz

Den Nachthimmel über dem Dorf Neuried zu sehen, das ist nur schwer möglich: wie in einer Großstadt ist alles ausgestrahlt, angestrahlt. Und das nicht nur zur Lichterkettenknallenden Weihnachtszeit. Können wir uns den Sternenhimmel wieder erobern?

Natürlich ist da die Angst vor der Dunkelheit. Urange, gespenstisch, sagendurchwoben und von dunklen Gedanken bewegt. Die Menschen fingen irgendwann an, das Undurchdringliche auch nachts sichtbar zu machen: in der Barockzeit begann die Inszenierung der Nacht mit absolutistischer Lichtverschwendung in Schlössern. Die Bedrohungen wurden nicht weniger, aber das Gefühl einer Sicherheit wuchs mit nächtlichem Licht.

„Auch in Deutschland nehme ich für schlecht ausgeleuchtete Räume manchmal ein Blatt Papier mit, um die Lampen zu umwickeln. Licht kann ganz gemein sein. Es gibt ja sogar Lichtfolter.“
Ingo Maurer, Lichtdesigner (U Münchner Freiheit), SZ vom 23.4.11

Dieses Licht ist laut geworden: ungebremst, ungebändig, aufdringlich, brutal: mondlos, sterrenlos. Es geht bis zum Vergessen, wie Nacht ist. Das Kunstlicht

brachte eine Verdrängung des Dunkels der Nacht, einer der vielen Schritte der Zivilisation.

Heute hat Kunstlicht an Strahlkraft verloren, eine neue Art von Rücksichtnahme hat eingesetzt.

- Ob das künstliche Licht gut war für die menschliche Seele, wurde lange nicht gefragt.
- Was es für nachaktive Tiere bedeutet: kaum einen interessiert es.
- Ob das Machbare in dieser Form gut ist, darüber lohnt es sich nachzudenken.

Zum Beispiel: Neuried

Viele Straßen, Wege sind doppelt ausgeleuchtet, von Lichtkoffern auf hohen Masten für die Autos (haben die nicht Scheinwerfer?) und von Laternen für Fußgänger. Besonders in den neuen Vierteln herrscht ungebremstes nächtliches Licht auf allen Wegen. Es gibt Wohnlagen, in denen Mast an Mast steht: beleuchtet werden vor allem Grünanlagen und Schlafzimmer und Kinderspielplätze und Gärten; nur ein geringer Anteil des Lichts fällt auf den Gehweg. An der Lindenallee haben Anwohner zeitweise Säcke über die Laternen gestülpt, weil sie es nicht mehr ertragen konnten. Am Ende des Knollerwegs, wo kein Auto mehr fährt, grüßt einsam strahlend eine hochragende Straßenlaterne den Kinderspielplatz. Wie schön für mitternächtlich spielende Kinder. Defekte Lampen erfreuen die Menschen - endlich einige Nächte ohne Kunstlicht im Schlafzimmer.

Im sommerlich-nächtlichen Garten zu sitzen im Laternenschein - ein Graus. Eine endlose Liste ist möglich.

Die Hälfte dieser Beleuchtungen könnte sofort verschwinden.

Natürlich: viele Menschen fühlen sich sicher durch das künstliche Licht. Man weiß ja: böse Einbrecher und so. Und es gibt Empfehlungen von Fachleuten. Nur: wer sind diese Fachleute und wer bezahlt sie? Tatsache ist: die Energieriesen haben großes Interesse am Stromverbrauch.

„Ich glaube, dass wir radikal sparen sollten. Und zwar nicht auf Anordnungen hin, sondern aus einer inneren Einsicht heraus...inzwischen sind manche Städte so hell erleuchtet, dass es richtiggehend Lichtverschmutzung gibt“
Ingo Maurer,
SZ vom 23.4.11

Wir auch?

Wir alle haben dazugelernt. Unser Fortschritt hat längst und oft die sinnvollen Grenzen überschritten. Was vor zehn Jahren kein Thema war: jetzt ist es eines.

Alle wissen längst: sparen an Strom bedeutet noch lange nicht sparen an Lebensqualität. Nur an Lebensart. Es hilft uns, wegkommen von unverantwortbarer Energieerzeugung. Was muss noch passieren?

Ein neues Denken hat eingesetzt - vom Ende her. Und das Volk lässt sich nicht mehr belügen. Alle wissen: wer von intelligenter Energienutzung spricht, muss bei sich selber anfangen. Und dort, wo wir Einfluss ausüben können - in unserer Gemeinde.

Zum Beispiel: Europa

Aber nicht alle wollen wissen. „Wir werden Strom im Ausland

zukaufen müssen“, so droht nach dem erkämpften Teilabschalten der Reaktoren Frau Merkel. Nur: seit Jahrzehnten kaufen die Energieerzeuger Strom zu. Nicht **WIR**. Und sie verkaufen Stromüberschuss. Es gibt keinen nationalen Markt. Wann begreift die Kanzlerin? Wann begreift sie, dass der Staat nur äußere Regelungen trifft, in deren Anwendung **WIR** nicht eingreifen haben. Es gibt einen europäischen Strommarkt mit täglich neu gehandelten Preisen von ganz unterschiedlichen Anbietern aus Europa. Wenn im Ruhrgebiet um sechs Uhr morgens die Lichter angehen, dann springen sekundenschnell die Turbinen am Silivretta-Stausee an und speisen die gespeicherte Energie ins Netz. Und keiner jammert.

Allerdings: wie viel wir wann verbrauchen - das liegt schon in unserer Hand und ist teilweise steuerbar. Ein vom Kopf geregelter Energieverbrauch verlangt bewusste Bürger.

Und womit dieser Strom erzeugt wird - das geht uns alle sehr an.

Natürlich gehört zu diesen Überlegungen für jeden einzelnen von uns auch ein Nachdenken über eigenes Zutun. Nicht jeder wird zum Stromerzeuger werden können, aber wer über riesige Über-

„Unser heutiger Lebensstil steht zur Disposition“
Claus Leggewie, Beiratsmitglied Bundesregierung,
taz vom 7.4.11

landleitungen weint, sollte wissen, dass von einer Photovoltaikanlage nur ein schwaches unterirdisches Kabel zum Versorger, zum Verteiler führt. Gerade Neuried mit seiner EON-Leitung über vielen Dächern sollte nachdenken. Bei dem Monopolvertrag der Gemeinde mit EON müsste dieses Problem nicht nur auf Kosten der

Fortsetzung auf Seite 6

Physikalische Therapie Neuried Hedwig Rotzinger

Staatlich geprüfte Masseurin / med. Bademeisterin

Massage	Manuelle Lymphdrainage	Osteopathie
Manuelle Therapie	Heiße Rolle	Dornbehandlung
Bindgewebssmassage	Elektrotherapie	Reflexzonenarbeit
Übungsbehandlung	Ultraschalltherapie	Muskelentspannung nach Jacobsen

Alle Kassen. Auch Hausbesuche

Gautinger Str. 1 82061 Neuried 089 / 75 79 72

Atomausstieg statt Schlingerkurs!



von Natascha Kohnen

Atomenergie birgt auch in ihrer zivilen Nutzung die größte vom Menschen geschaffene Zerstörungskraft – nicht nur in der Theorie. 25 Jahre nach dem Reaktorunglück von Tschernobyl erlebt die Weltgemeinschaft diese Tatsache erneut und auf dramatische Weise durch die Katastrophe in Japan.

So wie Tschernobyl eine Generation politisch geprägt hat, steht Fukushima für eine Zäsur im energiepolitischen Bewusstsein der heutigen Generation.

Im „Herbst der Entscheidungen 2010“ hatte uns Schwarz-Gelb energiepolitisch in längst vergangen geglaubte Zeiten versetzt: mit der Verlängerung der AKW-Laufzeiten in Deutschland und der Aufkündigung des unter Rot-Grün beschlossenen Atomausstiegs. Mit dem rot-grünen Atomkonsens

war im Jahr 2000 ein Graben überwunden worden, der jahrzehntelang unsere Gesellschaft gespalten hatte. Deutschland schrieb Geschichte und setzte weltweit Maßstäbe in der Energiepolitik.

Mit dem Gesetz für Erneuerbare Energien (EEG) wurde nicht nur der Weg in die Energieversorgung der Zukunft gewiesen, sondern auch die Grundlage für eine volkswirtschaftliche Erfolgsgeschichte gelegt:

Zwischen 2000 und 2009 hatte dieses Gesetz stetig wachsende Investitionen zur Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien in Deutschland ausgelöst, insgesamt über 64 Milliarden €. Das EEG hat sich als Jobmotor erwiesen: 360.000 Menschen arbeiten heute im Bereich der Erneuerbaren Energiegewinnung.

In der Atomindustrie sind es lediglich 30.000.

2010 fühlten wir uns in die 80-er Jahre versetzt:

50.000 Menschen zeigten in München Flagge gegen Atomkraft. Schüler bestücken ihre Schulsachen mit Aufklebern: „Atomkraft? Nicht schon wieder!“.

Die Bundesregierung wollte mit der Laufzeitenverlängerung die regionalen Monopole von RWE, E.on, Vattenfall und EnBW strukturell und finanziell stärken.

Das politische Folgebeben nach Fukushima traf in Deutschland die größten Lobbyparteien mit voller Härte: die CDU in Baden-Württemberg hat eine historische Niederlage erlitten und die FDP ist von der politischen Bühne verschwunden.



Die atemberaubende Wende der bayerischen CSU in der Energiepolitik ist alles andere als glaubwürdig. Denn keine zwei Monate zuvor wurde das Hohe Lied der Atomkraft gesungen, um sich dann über Nacht an die Spitze der Befürworter Erneuerbarer Energien zu setzen. Wer dem Glauben schenken will, braucht aber mehr als Bekenntnisse.

Wir Sozialdemokratinnen und

Sozialdemokraten werden den notwendigen Druck aufrecht erhalten, damit den Ankündigungen Taten folgen: ISAR 1 muss abgeschaltet bleiben! Und im bayerischen Haushalt müssen Finanzmittel für den Ausbau Erneuerbarer Energien eingestellt werden – im bayerischen Haushaltsplan, der am 7. April 2011 verabschiedet wurde, ist trotz der Forderungen der SPD kein zusätzliches Geld für Erneuerbare Energien vorgesehen; für eine nachhaltige Energiewende in der CSU spricht das nicht.

Was wir für die Energieversorgung der Zukunft brauchen ist echter Wettbewerb, die weitere Unterstützung der Innovationen im Bereich Erneuerbarer Energien inklusive Verbesserung der Energieeffizienz und -einsparung. Die SPD will ein sofortiges Bekenntnis zu einer Energiewende – jetzt:

http://www.spd.de/Politik/10604/aufruf_energiewende_jetzt.html

Natascha Kohnen ist Mitglied des Bayerischen Landtags und Generalsekretärin der Bayern-SPD sowie Mitglied der Grundwertekommission der SPD

Für Bürger, die noch gesellschaftlich viel zu teuren Atomstrom beziehen und umsteigen wollen (einfacher als die Autoversicherung wechseln), gibt es viele Anbieter, z.B. Greenpeace, Elektrizitätswerke Schönau (info@ews-schönau.de) und andere.

Beginnen Sie den Tag auf perfekte Weise im Café Vor Ort
 mit unserem neuen, erweiterten Frühstücksangebot:

- verschiedene Eierspezialitäten
- fruchtige & vitaminreiche Müslis
- hausgemachte französische Brioches

Beachten Sie auch unsere neuen Öffnungszeiten:
 täglich von 8:30 - 19:00Uhr

Vor Ort: Cafe • vegetarisches Restaurant • Konditorei • Bäckerei
 Gautinger Str.3 • 82061 Neuried • Tel. 0 89.75 95 408
 www.vorort-neuried.de • E-Mail: info@vorort-neuried.de

Aus dem Gemeinderat**Rathaus - Alternative vertan**

Ein neues Rathaus in Neuried beschäftigt schon seit mehr als zwei Jahrzehnten die Gemeinderäte. Die SPD sucht nach neuen Wegen (wir berichteten im Specht Nov. 2010).

Die Opposition aus SPD, Freien Wählern und Unabhängigen hat im Juli 2010 einen gemeinsamen Antrag bei der Verwaltung eingereicht, um als Übergang ein behindertengerechtes und größeres Rathaus zu schaffen. Die Verwaltung sollte prüfen, ob die Anmietung eines Gewerbebaus am Hainbuchenring eine echte mittelfristige Alternative zum späteren

Neubau sein kann. In einer nicht-öffentlichen Sitzung wurde der Antrag denkbar knapp mit den 11 Stimmen der CSU gegen die 10 Stimmen aller anderen Fraktionen abgelehnt.

Das bedeutet aus Sicht der SPD, dass nicht einmal eine neutrale und ergebnisoffene Prüfung einer möglichen Alternativlösung von der CSU gewünscht ist. Hier wurde eine echte Chance vertan!



Ralph Geipel
Fraktionssprecher
der SPD im
Gemeinderat

Fortsetzung von Seite 4

Bürger gelöst werden können. Damit nochmals:

Was tun in Neuried?

Die Einsicht, wenigstens den kommunalen Verbrauch ändern zu wollen, erfordert ein Konzept. Dafür gibt es Profis. Diese gibt es. Sie sollten einen Auftrag erhalten. Dieser ist sowieso nötig, wenn die Gemeinde endlich den Marktplatz, der dann auch nicht mehr Gautinger Straße heißen muss, verkehrsberuhigt überplant. Schön sich vorzustellen, nur noch niedrige Leuchten für Fußgänger dort zu sehen. Eine Vorgabe könnte sein, jede zweite Leuchte jetzt

„Die Liebe zur Laterne kostet in einer durchschnittlichen deutschen Sommernacht hochgerechnet eine Milliarde Insekten das Leben.“

GEO, 04/2011

schon abzuschalten oder alle Leuchten so zu dimmen, dass nur noch die Hälfte der Luxzahl erreicht wird. Die Leuchtmittel haben sich weiterentwickelt, LED-Lampen sind vernünftig steuerbar - zum Nulltarif geht das aber nicht. In Gera gibt es eine Entwicklung, deren Lampen über einen Bewegungsmelder geschaltet werden bzw. die den Impuls von Lampe zu Lampe weitergibt. Auch ließe sich vorstellen, bestehende Lampen mit weniger

starkem Licht so zu steuern, dass wirklich nur der Weg und nicht das Umfeld ausgeleuchtet wird. Und sicher Vieles mehr.

Es gibt Lösungen - sofort und langfristig. Nur: Der Gemeinderat muss was tun! Das erwarten Bürger. Gegen den Lichtsmog verbünden sich Städteplaner mit Medizinerinnen, Umweltschützer mit: ja vielleicht: Gemeinderäten.

Eine Stadtrandgemeinde wie Neuried ist durch die Erwartungshaltung großstädtischer Zuzügler sowieso stark belastet: Rasenmähen und Kärchern und Laubblasen entsprechen offenkundig Vorstellungen vom ruhigen und schönen Wohnen auf dem Land. Das ändert sich nicht so schnell - deshalb sollte zu diesen akustischen nicht auch noch eine optische Umweltverschmutzung kommen. Das hat die Gemeinde in der Hand. Und in eigener Verantwortung.

Eine andere Ästhetik ist nötig.

Vielleicht sehen wir dann wieder Sterne in ihrer nächtlichen Pracht und unsere Neurieder Kinder auch mal eine Sternschnuppe.



Otto Götz
Altbürgermeister

Kommentar

Natürlich haben solide Finanzen und ein ausgeglichener Haushalt auch für die SPD eine hohe Priorität. Was zur Zeit aber im Gemeinderat abgeht, ist irrational. Sobald größere Ausgaben drohen, erstarrt die Mehrheit der Fraktionen wie das Kaninchen vor der Schlange.

Ob 20.000 € für weitere Planungen für das Radltal Würmtal, eine notwendige grundlegende Sanierung der Schultoiletten oder auch das Regionalwerk, stets wird abgewunken, Neuried könne sich das nicht leisten. Dabei waren gerade noch Kosten in Höhe von ca. 1,5 Mio. € für die Dachsanierung der Mehrzweckhalle zu befürchten, was nun erheblich günstiger wird. Das Geld für diese Investitionen im Bürgerinteresse wäre

aber da gewesen – aus nicht eingeplanten Steuermehreinnahmen aus den Vorjahren.

Wofür aber wird wohl gespart? Es gab schon verschiedenste Prestigeobjekte in Hochglanz-Wahlbroschüren zu bestaunen – u. a. einen Tunnel unter Neuried. Ob dafür wohl jeder Cent auf Biegen und Brechen zweimal umgedreht werden soll? Oder gibt es andere Objekte, die noch rechtzeitig vor den nächsten Kommunalwahlen unumkehrbar auf den Weg gebracht werden sollen - solange die CSU noch mit absoluter Mehrheit entscheiden kann und mit keiner anderen Partei oder Wählergruppierung kooperieren muss?

Wir dürfen gespannt sein.

Ralph Geipel

Gautinger Straße**Spurwechsel?**

Die Gautinger Straße steht seit langem im Focus. Durch die Eröffnung der M4(neu) ergab sich die Chance für die seit Jahrzehnten gewünschte Verkehrsberuhigung. Der Verkehr auf der Umgehungsstraße fließt nun schon seit über drei Jahren und die einzige bis jetzt erkennbare Aktion war das Aufstellen einiger Tempo 30-Schilder.

Ein Architektenwettbewerb im Jahre 2009 ergab mit Einbindung der Bevölkerung ein am Ende schlüssiges Konzept und einen mehrheitlich entschiedenen Auftrag zur Umsetzung. Seitdem liegen die Pläne in der Schublade. Die letzten Haushaltsberatungen für 2011 signalisierten, dass ein Vorantreiben der Umbaumaßnahmen nicht gewollt ist. Die CSU setzte ihre Prioritäten nunmehr in Richtung Rathausplanung. Kosten konnten nicht alleine der Grund für die lange zögerliche Haltung der Mehrheitsfraktion gewesen sein. Haushaltsausgabereste aus

dem Jahre 2009, die auch 2010 nicht verbraucht wurden, stehen als Planungsmittel von derzeit ca. 470.000 Euro immer noch zur Verfügung. Dieser Betrag soll jetzt endlich für den Start der Baumaßnahmen im Jahre 2011 definitiv verwendet werden.

Nun wurden von der CSU und den Unabhängigen zwei Anträge eingereicht, deren Ziel die Forcierung und somit Umsetzung des mittleren Abschnitts (vom Kraillinger Weg bis Fichtenstraße) sein wird. Damit schwenken beide Fraktionen auf die Linie der SPD ein.

Die SPD Neuried sieht hier die Chance und auch die Pflicht, den Bürgern und Bürgerinnen nach langer Zeit der Versprechen nun endlich den Startpunkt der Umgestaltung anzukündigen!



Ralph Geipel,
Vorsitzender der
SPD Neuried

Landesbankskandal

Bilanz der Versager

Am 22.3.2011 luden die SPD-Ortsvereine Grärfelfing, Planegg, Neuried, Krailling und Gauting in der Gaststätte Heide Volm in Planegg zu einer Informationsveranstaltung über den Skandal der Bayerischen Landesbank ein.

Bei der gut besuchten Veranstaltung berichtete die Referentin Inge Aures mit viel Schwung und großem Engagement, wie es zu diesem Skandal kommen konnte. Inge Aures ist SPD-Landtagsabgeordnete aus Kulmbach und gehört der Kontrollkommission des Bayerischen Landtags als stellvertretende Vorsitzende an. Im Untersuchungsausschuss zum Kauf der österreichischen „Hypo Group Alpe Adria“ Bank vertritt sie die Fraktion der SPD. Als solche befasst sie sich seit fast einem Jahr mit dem Zustand der Bayerischen Landesbank.

Begonnen haben die unglaublichen Missstände bereits in den Jahren 2005 bis 2007. Damals wurden von der BayernLB sogenannte ABS-Papiere in den USA gekauft. Bei diesen hochriskanten Papieren, die mit US-Immobilien in Zusammenhang stehen, „wusste man offensichtlich nicht genau, wie das Ganze funktioniert“. Das Geld war aber scheinbar zu guten Zinsen angelegt. Doch die Weltwirtschaftskrise war im Gange und die BayernLB hatte zehn Milliarden Euro in den Sand gesetzt.

Eine neue Hoffnung auf ein gutes Geschäft tat sich im März 2007 für

Vorstand und Verwaltungsrat auf: Das Angebot aus Kärnten zum Kauf der HGAA. In nur 2 Monaten wurde einhellig und in großer Eile der nur 23 Seiten umfassende Kaufvertrag abgeschlossen, in dem jede Haftung des Verkäufers gegenüber der BayernLB als Käufer ausgeschlossen wurde.

Aures: „Mit so einem Vertrag hätte man nicht einmal ein gebrauchtes Auto kaufen dürfen, geschweige denn für 1,6 Milliarden Euro diese Bank!“ Derzeit wird geprüft, inwieweit Vorstand und Verwaltungsrat auch auf Schadenersatz und Haftung verklagt werden können. Laut der Abgeordneten könne es „nicht angehen, dass Wenige das Geld versenken was wir im Land alle mühsam erarbeitet haben!“ Auf die Tagesordnung des Landtags kam das Thema HGAA am 2. April 2008, also erst ein Jahr nach dem Kauf, im Rahmen der Beratungen des Nachtragshaushalts für 2008. Es ging um den Kapitalzuschuss des Freistaates für die BayernLB zur Finanzierung des HGAA-Kaufs in Höhe von 250 Millionen Euro, welchen die SPD und die Grünen ablehnten.

Bis die HGAA im Dezember 2009 für einen Euro an Österreich verscherbelt wurde, beliefen sich die Verluste aus Kaufpreis plus verlorenen Kapitalaufstockungen und Krediten auf insgesamt 3,75 Milliarden Euro. Neben der bereits tätigen Staatsanwaltschaft hat der Untersuchungsausschuss des Landtages Aktenstudium betrie-

ben. Zeugen wurden gefragt, darunter Stoiber, Huber, Beckstein und Faltlhauser. Die CSU hat in dem 9-köpfigen Gremium keine eigene Mehrheit. Vier Mitglieder stellt die CSU, zwei die SPD, einen die Grünen, einen die Freien Wähler und einen die FDP. Aures: „Die Frage wird sein, wie sich die FDP am Schluss verhält.“

Der Untersuchungsausschuss hat im Mai 2010 seine Arbeit aufgenommen und die SPD werde laut

Inge Aures „nicht nachlassen, den gesamten Sachverhalt aufzuklären um das Geld der Steuerzahler zurückzuholen“. Es sei erschreckend, mit welcher Oberflächlichkeit die Herren des Verwaltungsrates ihrer Kontrollverpflichtung nachgekommen sind.



Helga Handlos
Mitglied im Vorstand
der SPD Neuried

Weiteres Gutachten bringt Klarheit

Mehrzweckhalle bleibt bis zum Sommer gesperrt

Es bestand der Verdacht, dass das Hallendach unserer Mehrzweckhalle (Baujahr 1970) einsturzgefährdet ist.

Das war geschehen: Mitte Dezember 2010 schlug das zur Überwachung der Hallendecke installierte System Alarm. Dieses Monitoringsystem wurde nach dem Einsturz der Eishalle in Bad Reichenhall eingebaut. Der Alarm bedeutete, die Spannbetonträger der Dachkonstruktion hatten sich über ein statisch zulässiges Maß hinaus verformt. Die Halle und die darunter liegenden Räume wurde daraufhin sofort gesperrt und die Schlösser ausgetauscht.

Eine sofort veranlasste Überprüfung des Monitoringsystems ergab, dass die Anlage einwandfrei gearbeitet hat. Also musste ein Gutachter beauftragt werden, der die Schadensursache herausfinden und das weitere Vorgehen bestimmen sollte. Diese erste Begutachtung zeigte, dass weitergehende bzw. tiefergehende Materialprüfungen, sozusagen eine Kernspintomographie, an den Spannbetonträgern zur Schadensermittlung notwendig ist.

Diese weitergehende Untersuchung ist jetzt fast abgeschlossen. Das Ergebnis: Die Trägerkonstruktion zeigt noch keine gravierende Materialermüdung bzw. Schädigung, sollte aber zur Verbesserung der Tragwirkung er-

tüchtigt werden. Ein Abriss des Hallendaches mit anschließendem Dachneubau und damit verbunden eine lange Sperrung der Halle ist nicht notwendig.

Baukonstruktionen in der Art des Daches der Mehrzweckhalle, gerade aus der genannten Bauzeit um 1970, mussten in den letzten Jahren häufig saniert werden. Durch eine von außen auf die Spannbetonträger aufgebrachte textile Kunststoffbeschichtung (Armierung) kommt es zu einer internen Lastumverteilung, es entsteht ein neuer Verbundbaustoff mit höherer Zugfestigkeit. Nach der Reparatur können die Träger sogar mit einer höheren Lasten beaufschlagt werden.

Mit diesem Bauverfahren, d.h. mit diesem Verbundbaustoff, werden z.B. auch in Japan Hochbauten erdbebensicherer gemacht. Über die Wirksamkeit dieser Baumethode konnten wir uns ja gerade überzeugen. Die Gebäudeschäden, hervorgerufen durch das gewaltige Beben, waren gering. Zur Katastrophe wurde das Ereignis erst durch den anschließenden Tsunami.

Die Sanierungsarbeiten an unserer Mehrzweckhalle sollen bis zum Beginn des neuen Schuljahres abgeschlossen sein, so lange muss die Halle gesperrt bleiben.



Gerd Richter
Gemeinderat,
Bauausschuss



(v. links) Stephan Bock (Krailling), Julia Ney (Gauting), Heidi Plank-Schwab (Grärfelfing), Birgit Naumann (Planegg), Ralph Geipel (Neuried), Inge Aures (MdL), Bernd Gropper (Planegg), Alfred Pfeiffer (Altbürgermeister Planegg)

LEUTE

... für deren Arbeit die SPD Neuried „DANKE“ sagt...

Dagmar Seibert

wirkte über 22 Jahre als Vorsitzende der Nachbarschaftshilfe Neuried. Mit beispielhafter Ausdauer, ansteckendem Elan und Temperament sowie nimmermüdem Einsatz entwickelte Frau Seibert den Verein zu einer Vorzeigeeinrichtung des bürgerschaftlichen Engagements. In all den Jahren stellte Frau Seibert mit ihrem Team einiges auf die Beine: Neben den HelferInnen-Einsätzen, von denen viele NeuriederInnen in vielfältigen Notsituationen profitierten, gelang es Frau Seibert vor allem, ältere und oft alleinstehende Menschen in Kontakt und bei allerlei Treffen für ein paar Stunden ins Gespräch zu bringen. Ohne die Nachbarschaftshilfe wären viele menschliche Beziehungen im Ort nicht geknüpft worden und Neuried deutlich ärmer.

Die SPD Neuried dankt Frau Seibert für ihr großes soziales Engagement. Wir wünschen ihr alles Gute und der Nachbarschaftshilfe unter dem neuen Vorstand weiterhin viel Erfolg.

Helmut Petro

war 23 Jahre lang Mitarbeiter im Bauamt der Gemeinde. Jetzt geht er in den (Un-)Ruhestand. Als Bauleiter und Koordinator für diverse Bauprojekte in diesen intensiven Jahren der Ortsentwicklung in Neuried, wie z.B. die neue Feuerwehr, das Sportzentrum, mehrere Kindergärten und den Schulumbau, war er immer ganz nahe dran an den unterschiedlichen Interessen von Bauherr Gemeinde, Architekten, Vereinen und den späteren Nutzern der Einrichtungen. Lieber als am Schreibtisch war er mit dem Fahrrad im Gemeindegebiet unterwegs und hatte dabei immer ein Ohr für die Meinungen und Bedürfnisse der Bürger. Bei so manchem Projekt konnte Helmut Petro noch während der Bauphasen pragmatisch einwirken – zum langfristigen Wohle der Nutzer.

Die SPD Neuried wünscht Helmut Petro für die nächste Lebensphase Zeit und Gesundheit für sportliche Aktivitäten und sagt stellvertretend „Danke“ für das Engagement für die Ortsentwicklung!

Landkreis München ist Optionskommune

Der Landkreis München ist als sog. Optionskommune ausgewählt worden. Dies bedeutet die Zusammenlegung von Arbeitsvermittlung und Sozialamt unter der Hoheit des Landkreises.

Die SPD hatte sich schon vor Jahren massiv für eine Arbeitsgemeinschaft mit der Bundesagentur eingesetzt. Der Kreistag beschloss am 26.07.04 jedoch gegen die Stimmen der SPD und der GRÜNEN weder für das Optionsmodell zu votieren noch für eine Arbeitsgemeinschaft mit der Bundesagentur - im Gegensatz zu allen benachbarten Landkreisen wie auch der Landeshauptstadt München. Nach Auffassung des damaligen Landrats Heiner Janik und seiner CSU verfügte der Landkreis München nicht über die nötige Kompetenz, um das Optionsmodell zu verwirklichen. Das hat sich nun wohl geändert.

Die SPD begrüßt, dass dem Landkreis München durch das Sozialministerium nunmehr diese Kompetenz zuerkannt wird, die offensichtlich unter der Landrätin Johanna Rumschöttel seit 2008 erworben worden ist.

Die SPD sieht bei der aktuellen Rechtslage in der Optionskommune eine große Chance, vor allem Langzeitarbeitslose und arbeitssuchende Jugendliche besser auf dem regionalen Arbeitsmarkt

Schreibwaren und Bürobedarf
Stücken



- ✓ Bürobedarf
- ✓ Schreibwaren
- ✓ Lotto - Toto
- ✓ Tabak
- ✓ Zeitschriften
- ✓ MVV Tickets/Zeitkarten
- ✓ Fotokopien
- ✓ Fotoarbeiten
- ✓ Stempel
- ✓ Soda Club
- ✓ Stempel
- ✓ Reinigung
- ✓ Hermes Versand
- ✓ Schuhreparatur

Unsere Geschäftszeiten:
Mo, Mi, Do: 7.00-12.30 Uhr und 14.30-18.00 Uhr
Di u. Sa: 7.00-12.30 Uhr
Fr.: 7.00-18.00 Uhr

Gautinger Straße 2 - 82061 Neuried



Landrätin
J. Rumschöttel

zu vermitteln. Es wird jetzt endlich Hilfe aus einer Hand geben. Vorbei die langen, unnötigen Fahrzeiten mit doppelten Kosten zur Arbeitsagentur nach München und zum Sozialamt ins Landratsamt, das doppelte Ausfüllen von Anträgen mit widersprüchlichen Bescheiden.

Die SPD ist sich sicher, dass nun die Vermittlungsbedingungen im Landratsamt deutlich besser werden. Kleinere Einheiten werden direktere Hilfen ermöglichen.

Neues Bürgerbüro der SPD

Die SPD Ortsvereine im Würmtal eröffnen ein gemeinsames Bürgerbüro in Planegg.

Adresse: Rudolfstraße 112, 82152 Planegg

Öffnungszeiten: Montag bis Freitag 14.00 bis 18.00 Uhr

**jeden 1. und 3. Montag im Monat von 14.00 bis 16.30 Uhr:
Natascha Kohnen, Landtagsabgeordnete für den Landkreis München Süd und Generalsekretärin der Bayern SPD**

Eröffnung am 27. Mai 2011

Impressum:

Neurieder Specht
33. Jahrgang, Mai 2011

Herausgeber:
SPD-Ortsverein Neuried

Ehrevorsitzender:
Fritz Baumgartner

Internet: www.spd-neuried.de
E-mail: specht@spd-neuried.de



Redaktion:
Mechthild v. d. Mülbe
Helga Handlos
Gertrud Reiter-Frick
Cornelia Saumweber
Inge Paulus

Layout & Computertechnik:
Mechthild v. d. Mülbe

Anzeigen:
Helga Handlos, Tel.: 80 91 50 62

Druck
Fibo Druck, Neuried

Auflage: 4.200

Alle Artikel, Fotos, Zeichnungen und Anzeigen unterliegen dem Urheberschutz (Copyright). Nachdruck nur mit Zustimmung gestattet.

Alle namentlich gekennzeichneten Artikel erscheinen in eigener Verantwortung der Verfasser